



Hamburgers Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 15	Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 6246.	Hamburg, den 14. April 1917	Anzeigen kosten die fünfgespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.	31. Jahrg.
--------	---	-----------------------------	--	------------

Auf zur Frühjahrsagitation für unsern Verband!

Das Frühjahr war stets die Zeit eifrigster und erfolgreichster Werbetätigkeit zur Gewinnung neuer Mitglieder für unsern Verband. Da wurde der in Winter ganz naturgemäß eingetretene Mitgliederrückgang wieder ausgeglichen, junge gewerbliche Nachwuchs und die vom Gedanken der Organisation noch erfaßten Berufsangehörigen wurden durchgemustert und zu Hunderten und Tausenden neu gewonnen. In Versammlungen und Besprechungen, von Haus zu Haus und auf den Arbeitsstätten wurde durch schriftliche und mündliche Aufklärung viel gemacht; frisches Leben zog durch unsere Reihen und schwellte das Herz aller, die sich an dieser nützlichen Organisationsarbeit beteiligten.

Nun hindert uns der fürchterliche Kriegszustand schon zum dritten Male, diese für unsere Werbetätigkeit günstigsten Wochen und Monate hinsichtlich auf größere, in die Augen springende Erfolge auszunutzen. Mit nahezu 50000 Mitglieder unseres Verbandes, wie vor dem Kriege, von denen ein großer Teil zudem aus ihrem Berufe in die verschiedensten Industrien und Gewerbe hineingetrieben wurde, können jetzt noch für die Ausbreitung unserer Organisation und für die Gewinnung neuer Mitglieder eintreten. — Nicht weniger als 28517 oder 60,4 vom Hundert unserer Mitglieder vom 1. August 1914 sind gegenwärtig, durch die Schranken ihres Militärverhältnisses von uns getrennt, teils tief in Feindesland, teils an weit entlegenen Fronten der mit Deutschland verbündeten Mächte. Und die bisher vom Militärdienst frei gebliebenen sind stark unter den schlimmen wirtschaftlichen Folgen des Krieges oder unter dem seelischen Druck, den die Sorge und der Schmerz um die Leiden und den Tod ihrer Angehörigen und Berufsgenossen erzeugen. Das mindert die Widerstandskraft so manchen braven Mitstreiters, das treibt sie der Gleichgültigkeit und Untätigkeit zu.

Dazu kommt, daß auch unsere Filialverwaltungen, die Grundpfeiler unseres Organisationsgebäudes, durch den Krieg zum größten Teil geschwächt, vielfach ganz aufgelieben wurden und nicht selten mit völlig neuen Kräften besetzt werden mußten. In manchen Fällen versehen erfreulicherweise Frauen der eingetragenen Kollegen den Dienst für unsere Organisation.

Auch die Lage unseres Berufes ist höchst ungünstig für unsere Werbetätigkeit. Das Malergewerbe zieht infolge des Mangels an Aufträgen und Material verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte an, und in den Betrieben der Kriegswirtschaft, wo unsere Kollegen zurzeit entweder als Maler, Lackierer, Anstreicher oder außerhalb ihres Berufes arbeiten, sind sie zu zerstreut oder zu unregelmäßig beschäftigt; teils sehen sie dies alles auch nur als eine Uebergangsperiode an, die Organisationszugehörigkeit erfordert, teils lähmt der Gedanke an die bevorstehende Einberufung zum Militär ihre Entschlußkraft. Und die Reklamierten, Verhafteten und Abkommandierten stehen geistig zu stark unter dem Einfluß der Militärverhältnisse.

Doch so erheblich auch die Widerstände sind, die unserer Agitationsarbeit in diesem dritten Kriegsfrühjahr entgegenstehen, so ungenügend nötig ist die unermüdlige Tätigkeit aller derer, denen die geistigen und seelischen Erschütterungen den Glauben an die unbedingte Erfolgswendigkeit unserer jetzt und in Zukunft große Erfolge versprechenden Agitationsarbeit nicht raubten.

Gerade jetzt müssen alle Berufskollegen, die wenigstens von Strapazen und Lebensgefahren des Kriegsdienstes verschont sind, ihre ganze Kraft einsetzen, damit unserm Verband, der nun so oft seine organisatorische Widerstandsfähigkeit bewies, noch gleichgültig beiseite stehenden Berufsgenossen zugeführt werden.

Die Aufgaben, vor die sich unser Verband wie alle wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter seit Kriegsbeginn gestellt haben, sind, gemessen an den Verhältnissen der Friedenszeit, riesengroß. Dem zuerst erforderlichen Kampfe gegen Arbeitslosigkeit und die drohende allgemeine soziale Notlage, den wir durch vielfältige Maßnahmen nach außen und große Ausgaben für Unterstützungen der bedürftigsten Art führten, ist der Kampf unserer Gewerkschaften gegen die im Laufe der Zeit aufgetretene Knappheit und unerhörte Teuerung besonders der Lebensmittel gewichen.

Dieser Kampf erfordert weit mehr organisatorische Kraft und persönliche Anstrengungen der im Vordergrund unserer Bewegung stehenden Personen als die meisten Arbeiter und Gewerkschaftsgenossen gegenwärtig schon erkennen können. Würden wir widerstandsfähiger Zustände ertragen müssen, hätten wir

uns ausgeschaltet bei dieser bedeutsamen und — weil die erzielten Erfolge gar nicht bestimmt nachzuweisen sind — sehr un dankbaren sozialen Hilfsarbeit, die verhindern soll, daß die Lebenslage breiter Volksschichten tief hinuntersinkt auf den Stand von vor Jahrzehnten.

Auch daß wir neben dem Bemühen, dem Lebensmittelmangel und seinen Folgen zu begegnen, die Tarifverträge sicherten und die Löhne durch Teuerungszulagen zu erhöhen trachteten, hat segensreich gewirkt. Und was die Organisation als solche nicht allein vermochte, hat die Initiative der einzelnen, durch die Schule unseres Verbandes gegangenen Kollegen durchzuführen verübt.

Auch den unglücklichsten Opfern des Krieges, unsern Kriegsbeschädigten, mußte beigeprungen werden. Das geschah durch eine Reihe besonderer Maßnahmen und Einrichtungen, an denen jetzt unsere Filialverwaltungen teils selbständig, teils mit den Arbeitgebern gemeinsam, oder in allgemeinen Fürsorgeorganisationen in aller Stille regen Anteil nehmen.

Wir bekämpften neuauftauchende Materialien, die der Mangel an gewissen Rohstoffen auf den Markt trieb, soweit sie die Gesundheit unserer Kollegen bedrohen, und zwar mit Erfolg, wie später von uns nachgewiesen werden wird.

Wir wirkten ferner gemeinsam mit den Organisationen unserer Arbeitgeber für die allgemeine Hebung unseres Berufes, um so die Grundlage für später ausreichende und gutbezahlte Arbeit vorzubereiten. Die vereinbarten Richtlinien für die Gemeinschaftsarbeit unserer beiderseitigen Organisationen haben uns vor ganz neue, bedeutsame wirtschaftliche und berufliche Aufgaben gestellt, denen wir uns mit allem Eifer widmen werden. — Auch Schritte zur besseren Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft im Interesse unseres Gewerbes und unserer Kollegenschaft haben wir bereits unternommen.

Neben diesen allgemeinen sozialen Maßnahmen erfüllte unser Verband aber auch seine statutarischen finanziellen Pflichten. Und seine Kassenverhältnisse sind heute trotzdem und trotz geringem Mitgliederbestand mindestens ebenso günstig wie bei Kriegsausbruch. Mag kommen, was da will: wir werden finanziell gerüstet bleiben für die an uns während und nach dem Kriege gestellten Ansprüche. Erforderlich ist nur, daß alle der Organisation angehörenden Kollegen ihrer Beitragspflicht auch ferner genügen und soviel als möglich neue Streiter werben.

Unser Verband vermochte seit Beginn des Krieges bis zum Schluß des Vorjahres auszugeben unter anderm für Arbeitslosenunterstützung M. 189 398 und für Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer M. 200 735. Für Unterstützungen aller Art, einschließlich Kranken- und Sterbenunterstützung, war er in der Lage, M. 587 261 auszuwenden.

Zu Zehntausenden geht unser „Bereins-Anzeiger“ allwöchentlich ins Feld. Tausende Zuschriften zeugen davon, wie das von unsern Mitgliedern begrüßt wird und wie diese Tätigkeit das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Kriegsteilnehmer mit unserer Organisation stärkt.

Der unselbige Parteistreit, der nun schon monatelang tobt, blieb zunächst unserer Organisation fern. Darum konnten auch wir bisher in der Reserve bleiben. Doch wo man versuchte, die gewerkschaftliche Tätigkeit zugunsten einer praktisch auf anarchisch-syndikalistische Bestrebungen hinauslaufende, gegen die Lebensinteressen unseres Landes und gegen die deutsche Arbeiterschaft gerichtete Politik zu bekämpfen, sagten wir, was pflichtgemäß von uns dazu zu sagen war. Auch allen Zersplitterungsbestrebungen in dem politischen und gewerkschaftlichen Teile der Arbeiterbewegung wirkten wir tatkräftig entgegen.

Erneut stehen wir inmitten einer Bewegung zu einer weiteren Teuerungszulage für unsere Kollegen. Und wir werden diese, gestützt auf die besonderen Kriegsverhältnisse, nach besten Kräften so erfolgreich wie möglich zu Ende führen.

So groß auch die Aufgaben sind, die wir jetzt unausgesetzt zu erfüllen haben; noch größere Aufgaben wird die nächste Zukunft, der Friedensschluß, bringen. Daher ist es Ehrenpflicht aller Kollegen, die vom Kriegsdienst verschont blieben, für unsern Verband zu wirken.

Darum auf, Kollegen, zur Arbeit für unsere Organisation! Agitiert und organisiert während der kommenden Frühjahrswochen! Werbt neue Mitglieder für den Verband! Wenn das tatkräftig geschieht, dann werden wir alle jetzt und in Zukunft an uns noch herantretenden Aufgaben ohne weiteres lösen können.

Um eine weitere Teuerungszulage in unserm Gewerbe.

Dah die im Januar vorigen Jahres durch die Mitteilung des Reichsamts des Innern für das Malergewerbe festgesetzte Teuerungszulage in Höhe von 5 und 6 % für die Stunde kein auch nur einigermaßen ausreichendes Ausgleich für die schon damals ganz bedeutende Teuerung, insbesondere der Lebensmittel, war, haben wir feinerzeit sofort zum Ausdruck gebracht. Unsere Generalversammlung stimmte den Vereinbarungen denn auch nur zu, weil sie die schlechte Lage unseres Gewerbes in vollem Maße würdigte, und weil darum ein Drang auf eine weitergehende Bewilligungsbereitschaft unserer Arbeitgeber ausgeschlossen erscheinen mußte. Vor allem glaubte aber zu Beginn des Jahres 1916 niemand - auch nicht die Vertreter des Reichsamts des Innern ernsthaft daran, daß der Krieg noch über dieses Jahr hinaus andauern würde. Darum fand man sich auch mit der trotz unseres entschiedenen Einspruches festgesetzten Bedingung ab, daß, wenn „bis zum 31. Dezember 1916 mit einer der jetzt mit Deutschland im Kriege befindlichen europäischen Großmächte noch kein Frieden geschlossen sei“, die Vereinbarungen bis zum 15. Februar 1918 weiterlaufen sollten.

Am Verlaufe vorigen Jahres zeigte es sich nun, daß ein Ende des Krieges noch nicht abzusehen ist; vor allem aber liegt die Teuerung zu erschreckender Höhe an, so daß sich die meisten andern Gewerbe wiederholt zu höheren Teuerungszulagen bereitfinden und die Industrie Löhne zahlt, die vielfach mehr als doppelt so hoch als im Malergewerbe waren. Das veranlaßte viele unserer Kollegen, nach dort abzuwandern. Jeder Berufsangehörige, dem die Zukunft unseres Gewerbes nicht gleichgültig ist, muß deshalb besorgt sein, daß dieses Abströmen meist gerade der leistungs- und anpassungsfähigsten Arbeitskräfte nicht unermindert weitergeht und später die nachteiligsten Folgen, besonders für die Arbeitgeber unseres Gewerbes, hat. Aber auch aus allgemeinen sozialen Gründen mußte dieser Zustand ernste Bedenken erregen und den Wunsch erzeugen, daß die Einkommensverhältnisse unserer Kollegen wenigstens einigermaßen mit den bestehenden Wirtschaftsverhältnissen in Einklang gebracht würden.

Darum regte der Vorstand unseres Verbandes in Uebereinstimmung mit den übrigen Hilfsorganisationen bei Gelegenheit der Beratungen über die Richtlinien zu der Gemeinchaftsarbeit der Arbeitgeber- und Hilfsorganisationen im November vorigen Jahres an, daß bei aller Anerkennung der weiteren Gültigkeit der bestehenden Vereinbarungen doch Stellung zu einer besonderen Zulage genommen werden möge. Die Arbeitgebervertreter nahmen diese Anregung zunächst ohne sich dazu näher zu äußern, entgegen und haben sich dann in ihrem Vorstand mit der Angelegenheit beschäftigt. Anfang Februar regten wir die Sache erneut an, und am 18. Februar unterbreiteten wir unsere Wünsche mündlich Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar. Auch hier betonten wir wieder, daß die vorjährige Vereinbarung bestehen bleiben und lediglich wegen der ganz außergewöhnlichen und von niemand vorausgesehenen Verhältnisse durch eine neue, freiwillige durch die beiderseitigen Verbände ergänzt werden sollte.

Hierauf ist auf dringende Befürwortung des Vertreters des Reichsamts des Innern und die von diesem gegebene Erklärung hin, daß er bei den in Betracht kommenden Behörden für eine entsprechende Erhöhung der Preise für Malerarbeiten eintreten werde, vom Vorstande des Arbeitgeberverbandes zugesagt worden, daß er bei seinen Gau- und Ortsverbänden für eine nochmalige Teuerungszulage bis zur doppelten Höhe der vorjährigen wirken werde.

Heber das Resultat dieser Bemühungen liegen offizielle Mitteilungen erst aus dem Gau Norddeutschland des Arbeitgeberverbandes vor. Danach wurde dort beschlossen, zu der vorjährigen Zulage zu zahlen: in Kiel 17 %, in Bremen, Hamburg, Altona, Ebbwörfer, Wandsbek, Wilhelmshagen 9 % und in einer Reihe kleinerer Städte 7 und 5 %. Hannover zahlt 13 %. Bis auf einen Ausnahmefall des Arbeitgeberverbandes, der für eine generelle Regelung ist, haben sich alle für eine weitere Teuerungszulage ausgesprochen.

Auch die Zeitung des Bundes deutscher Dekorationsmaler hat sich entschieden für die Notwendigkeit einer noch höheren erhöhten Zulage erklärt.

Wir werden über den weiteren Fortgang der Angelegenheit in den nächsten Nummern des „Veritas-Anzeiger“ berichten.

Leistungen der Heimat für das Feldheer.

Im Kriege geht der Grundsatz: Erst das Heer, dann die Bevölkerung. Welcher Menge Nahrungsmittel über unser Heer bedarf, und welche Erfordernisse die Zukunft dieser Versorgungsmittel an unser Verkehrswejen stellt, davon haben die besten Kenner keine rechte Vorstellung. Die Zahlen geben uns darüber ein Bild. Diese Zahlen sind uns aber auch lehrreich, daß der Bedarf für das Heer mit der Dauer des Krieges fortgesetzt gewachsen ist und noch wächst.

Im ersten Kriegsjahre, also vom 1. August 1914 bis Ende Juli 1915 wurden ins Feld gesandt: 888 589 t Weizenmehl, im zweiten Kriegsjahre, von Anfang August 1915 bis Ende Juli 1916 dagegen 705 000 t. Das Speisemehl ist dabei nicht einbezogen. Dazu kommen noch in den ersten beiden Kriegsjahren 40 875 t Zwieback, die aus der Heimat nachgeführt wurden. Fleisch und Fleischkonserven, ausschließlich lebenden Viehes, und Fischkonserven wurden nachgeführt im ersten Kriegsjahre 64 965 t (im zweiten Kriegsjahre 159 170 t), Salzheringe 107 t (18 885 t). Dazu kommen noch große Mengen frische, Salz- und Räucherfische, Meis 17 108 t (28 881 t), Graupen 8110 t (18 598 t), Grütze 8892 t (11 177 t), Getreide 3872 t (10 620 t), Erbsen und Bohnen 23 028 t (39 107 t), Nudeln 8153 t (21 889 t), Backpulver 8199 t (10 027 t), Sauerkraut 15 555 t (20 148 t), Gemüse (frisches), Konserven, Schnittbohnen 81 808 t (45 865 t), Kartoffeln, ausschließlich Kartoffelknollen und Oberrartoffeln 89 657 t (246 120 t), Käse 22 280 t (85 664 t), Butter und Schmalz 20 858 t (31 006 t), Marmelade 5731 t (10 410 t), Maffee, Tee und Kakao 28 742 t (54 481 t), Zucker 19 586 t (51 117 t), Gewürz (Salz, Pfeffer, Kümmel, Senf usw.) 28 022 t (60 887 t). Daneben wurden noch große Mengen Linsen, Hafer- und Gersteflocken, Erbsen, Soja, Hirse, Wurfschnecken usw. für das Feldheer benötigt. Im ersten Jahre gingen allein an Zigaretten 1 461 578 000 (im zweiten Kriegsjahre 2 767 850 000) und an Zigaretten 1 418 886 000 (2 740 778 000), also insgesamt in den ersten beiden Jahren beinahe 8 1/2 Milliarden Zigaretten und Zigaretten an die Front. Dazu kommen in den ersten beiden Jahren rund 9000 t Rauch-, Kan- und Schnupftabak. Daneben bekam unser Feldheer an Getränken (Wein, Fruchtäfte, Mineralwasser, Rum, Cognac) 688 472 hl im gleichen Zeitraum aus der Heimat. Das Bier ist in diese Zahl nicht eingerechnet. Außerdem wurden 880 984 Minder, 578 821 Hammel und 1 035 159 Schweine dem Feldheer aus der Heimat zur Verfügung gestellt.

In Hind- und Schweinefleisch benötigten Heer und Marine im ersten Vierteljahr 1916 drei Fünftel der Gesamtmenge, die insgesamt der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden konnten. Weiter bezieht das Heer etwa 30 pSt. des Brotgetreides, das insgesamt der versorgungsberechtigten Bevölkerung verabsolgt werden konnte.

Rechnen wir hierzu noch in den ersten beiden Jahren einen Nachschub von über 3 000 000 t Hafer und beinahe 2 000 000 t Getreidemittel und Stroh, dann können wir etwa ermessen, was für Transportmittel dafür erforderlich sind.

Es wird uns noch harter zum Bewußtsein kommen, wenn wir feststellen, daß zum Transport der gesamten Mengen (ohne das lebende Vieh und die 8 1/2 Milliarden Zigaretten und Zigaretten) allein 800 000 Eisenbahnwaggons notwendig waren.

Neben den Verpackungsmitteln bedarf aber das Heer noch ungeheurer Mengen Geschütze, Geschosse, Eisen, Holz, Stacheldraht, Ausrichtungsgeschosse und dergleichen. Das Auswechseln von Truppen, das Abtransportieren der Kranken und Verwundeten, der Nachschub neuer Truppen nimmt unsere Verkehrsmittel ebenfalls in einem fortgesetzten steigenden Maße in Anspruch, so daß es zu verstehen ist, wenn Störungen im Zustande und damit Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung eintreten. Im ersten Kriegsjahre hatten wir ein Gebiet von nur 540 000 Quadratkilometern zu besorgen, dagegen jetzt mit dem größten Gebiet etwa eine Million Quadratkilometer.

Diese Zahlen beweisen aber nicht nur, welche Anforderungen an die Transportmittel gestellt werden, sondern auch welche Mengen von Nahrungsmitteln dem Heere aus dem Lande zugeführt werden. Dabei sind die großen Mengen Marktwaren und was in Form von Liebesgabenpaketen dem Heere zugeht, nicht einmal gerechnet. Wenn das nicht, was die Truppen aus dem eigenen besetzten Gebiet beziehen. Im dritten Kriegsjahre sind die Ziffern noch gewachsen. Und daß das Heer auch für die Zukunft vorzuziehen und Vorräte als Reserven aufspeichern muß, leuchtet sicherlich jedem ein. Diese Gesamtzusammenhänge müssen beachtet und bei der Betrachtung der Verhältnisse in der Heimat mit in Rechnung gestellt werden. Dann wird man nicht nur vieles besser begreifen und verstehen, sondern es wird auch den breitesten Schichten klar, was die Heimat für das Feldheer leistet.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz erhielten die Kollegen Justus Greif, Georg Böcher und Heinrich Bergbüfer, die Heilige Tapferkeitsmedaille der Kollege August Brand, sämtlich Mitglieder der Filiale Marburg.

Aus unserm Beruf.

Der Kriegsausschuß für das Baugewerbe in Berlin tagte am Donnerstag, 29. März. Unter den dort verhandelten Fällen waren auch zwei aus dem Malerberuf zu erledigen.

Der erste Fall betraf einen Kollegen, der vom Arbeitgeber den Abfahrtschein forderte, weil ihm ein Stundenlohn von 90 % versprochen war, ihm aber nur 84 % gezahlt wurden. Der Arbeitgeber war der Ansicht, daß in den 90 % Stundenlohn der Kriegszuschlag von 6 % enthalten sei. Der Gehilfe behauptete aber, daß, wenn ein Lohn von 90 % ausgemacht ist, trotzdem noch die 6 % Kriegszulage zu zahlen seien. Der Kriegsausschuß kam zu dem Ergebnis, dem Arbeiter sei der Abfahrtschein zu geben; denn, wenn der Arbeitgeber die Kriegszulage in den Lohn einrechnen wollte, so hätte er dieses dem Arbeiter vorher sagen müssen. Da dieses aber nicht geschehen sei, wurde dem Gehilfen der Abfahrtschein sofort ausgestellt.

Ähnlich lag es im zweiten Fall. Die Firma A. in Berlin hatte auf Drängen der dort beschäftigten Kollegen den bestehenden Lohn etwas verbessert. Dies wurde den Kollegen in der Form mitgeteilt, daß es von jetzt ab 1 % Stundenlohn gebe. Auch hier war ein Teil der Kollegen der Ansicht, daß außer der 1 % Lohn auch die 6 % Kriegszulage gezahlt werden müssen. Da sich aber die Firma weigerte, noch den Kriegszuschlag zu zahlen, so verlangten zwei Gehilfen den Abfahrtschein. Als er ihnen verweigert wurde, wandten sie sich an den Kriegsausschuß. Auch in

diesem Falle stellte sich der Kriegsausschuß auf den Standpunkt, es hätte den Arbeitern gesagt werden müssen, daß in dem Lohn der Kriegszuschlag enthalten sei, und da die jedoch nicht geschehen ist, müsse der Abfahrtschein ausgestellt werden. Auch in diesem Falle wurden die Abfahrtscheine sofort vom Kriegsausschuß ausgestellt.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustand.

Berlin. (Jahresbericht.) Zum dritten Male während der Kriegsdauer erstattet die Filiale Veritas ihren Jahresbericht, und wie in den beiden vorhergehenden Jahren hat der Krieg auch im vorliegenden weitere Opfer an Gut und Blut gefordert. Zu den 2172 Kollegen, die am Schlusse des Jahres 1916 zum Militär einberufen waren, sind 1916 noch 828 hinzugekommen und noch immer weitere Einziehungen verursachen Lücken in unsern Reihen, die nicht ersetzt werden konnten. Den bisher auf den Schlachtfeldern gefallenen 77 Mitgliedern müssen wir wieder 48 hinzufügen. Soviel in unsern Reihen stehen haben wir versucht, die Not wenigstens etwas in den Familien zu lindern. Zu Weihnachten hat auch in diesem Jahre der Verband an die Frauen der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen eine Unterstützung von je 8 % gezahlt, dieselbe Unterstützung wurde den arbeitslosen Kollegen zuteil.

Mit der ungeheuren Teuerung war unser hartfüßiger regelter Lohn durchaus nicht mehr in Einklang zu bringen. Schon 1915 hatten wir versucht, eine den Verhältnissen entsprechende Zulage von den Arbeitgebern zu erhalten, leider ohne Erfolg. Erst beim Ablauf des Reichstages im Frühjahr 1916 war es möglich, bei den Verhandlungen 6 % Teuerungszulage die Stunde zu bekommen, wodurch der Mindestlohn auf 81 % die Stunde stieg. Gewiß, die eigenartigen Verhältnisse, die im Malerberufe in dieser Kriegszeit herrschen, zwangen uns dazu, die Vereinbarungen anzunehmen, wiewohl jedem Kollegen klar war, daß man mit diesem Lohn bei den ständigen Preissteigerungen aller notwendigen Lebensmittel nicht auskommen konnte. Wohl hat ein größerer Teil von Unternehmern, um Arbeitskräfte zu bekommen, 90, auch 95 % gezahlt, jedoch war auch dieser Lohn nicht ausreichend um damit den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dieses veranlaßte einen großen Teil von Kollegen, in andern Berufen Arbeit zu suchen. Die Kollegen, denen es möglich war, in der Kriegsinindustrie Arbeit zu bekommen konnten sich einen weit besseren Lohn eringen.

Am 30. März nahmen die bei Goerg in Berlin beschäftigten Kollegen und Kolleginnen zu einer Lohnbewegung Stellung. Als Forderung wurden 25 % Aufschlag verlangt. Nachdem der Arbeiterausschuß mit der Direktion verhandelt hatte, wurden die Kollegen 16 pSt. für die weiblichen Arbeiterinnen 8 pSt. bewilligt.

Im April versammelten sich die gesamten Arbeiter der Flugzeugindustrie, um zur Erhöhung des Lohnes Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, die Stundenlöhne der beschäftigten Gruppen festzusetzen, dieses der Direktion zu unterbreiten. Nach mehrfachen Verhandlungen wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die neuen Löhne vom 11. Mai Geltung haben. In dieser Bewegung waren 108 Kollegen beteiligt; ihr Stundenlohn einschließlich der Teuerungszulage wurde von 90 % bis 1,07 festgesetzt.

Für die Kollegen in der Eisenmöbelfabrik wurde im Juli eine wöchentliche Teuerungszulage von 1 % vereinbart. Es kamen 102 Kollegen in 25 Betrieben betraucht. Bei späteren Verhandlungen im September wurde meinstimmlich mit den Tischlern, gelang es, eine 20% zentige Lohnzulage zu erreichen, so daß der Lohn wöchentlich um 10 bis 12 % sich erhöhte.

Für die Kollegen (16) in der Eisenmöbelfabrik Schula wurde eine Lohnzulage von 10 % vom 1. September ab vereinbart.

Durch erneute Verhandlungen mit der Firma Goerg in Friedenau gelang es im August für die Kadrierer eine weitere Zulage von 8 pSt. und für die Kadriererinnen von 5 pSt. zu erreichen. Für die Kollegen (28) in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Flugzeugbau Hennigsdorf wurde nach Verhandlungen mit der Direktion vom 28. Oktober ab der Stundenlohn auf 1,35 festgesetzt. Für die Maler und Kadrierer in den Flugzeugwerken zu Johannistal wurde ein Mindestlohn von 85 % und eine Kriegszulage von 30 % die Stunde vereinbart. Den Kollegen in der Fabrik Ludwig Böwe wurde ein Lohnzulage von 8 % die Stunde und eine Kriegszulage von 20 pSt. zugewilligt.

Die Arbeitsvermittlung hat im Berichtsjahre weiter nachgelassen; eingeschrieben waren 6010 Personen (1916: 9106); gemeldete Stellen 5695 (1916: 7614), davon bestanden 4030; auch bei den Kadrierern übersteigt die Zahl der beifuchenden (595) die gemeldeten Stellen (449).

Dem Innungsschiedsgericht lagen 32 Streitfälle vor, in den meisten Fällen handelte es sich um geringe Differenzen. Filialversammlungen haben im Laufe des Jahres vier stattgefunden, zwölf Vorstands- und eine Verwaltungssitzung wurden abgehalten. Das Schwerkgewicht der Organisationsarbeit wurde hauptsächlich in die Betriebs- und Werkstättenverwaltung gelegt und ist hier die Tätigkeit der Filialverwaltung gut in Anspruch genommen worden. Der Jahresgesamtbeitrag (einschließlich Kassenbeitrag) von 1 027 000 84 haben 60 596,45 Ausgaben gegenüber, so daß der Kassenbestand der Filiale 42 113,19 beträgt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1198.

Wie aus dem Jahresbericht ersichtlich, hat die Filiale Berlin die bisherige Kriegszeit ziemlich gut überstanden und können wir wohl hoffen, daß es uns gelingen wird, sie auch ferner zu erhalten. Alle Kollegen, die uns an dem Felde schreiben, sind darüber erfreut, daß die dahier gebliebenen Kollegen mit schweren Opfern den Verband aufrechterhalten; alle sprechen sie den feinsten Wunsch aus, daß es bald Frieden werden möge, damit sie recht bald in die Lage kommen, für den Verband wieder wirken zu können. Diesen Wunsch können wir mit ganzem Herzen zu. Möge uns recht bald der Friede gegeben

den, damit wir vereint für die Organisation wieder...

Cassel. (Jahresbericht.) Erneut sind wir ge-

Unter den gegebenen Verhältnissen mußte das Sch-

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder

Zum Heeresdienst wurden 80 Mitglieder ein-

Im Durchschnitt haben 117 Mitglieder volle 82

Die geschäftlichen Angelegenheiten der Filiale

Die Steuerungsfrage von 8 1/2 die Stunde wurde

Die Firma gewährte nach längerem Verhandeln

Mit den einberufenen Mitgliedern hielten wir

Die Richtlinien der Fürsorge für die Kriegsbesch-

Wir schließen unsern Jahresrückblick

Baugewerbliches.

Die Beschäftigung im Baugewerbe im Februar

Die Zeitschrift „Baumaterialien-Markt“ Leipzig,

(Schl.), Willingen (Baden). — Im Wiederaufbaug-

„Laut Bericht der „Landwirtschaftl. Zeitung“,

Nach der „Ostdeutschen Bauzeitung“ konnten

Die regelmäßige Einkassierung der Beiträge ist eine Notwendigkeit, der sich keine Filiale...

das Eintreten überaus strengen Frostwetters

Bei Arbeiterverbänden des Baugewerbes

Gewerkschaftliches.

Arbeitsgemeinschaft für das deutsche Buchbinder-

Eine Konferenz von Vertretern der Verbands-

fand in den Tagen vom 20. bis 22. März in Berlin

sowie auf die belgische Arbeiterfrage. Robert Schmidt

Auf allgemeinen Wunsch gab der gewerkschaft-

Die Debatte über diese Berichte nahm einen vollen

Zur Ernährungfrage wurde der von und schon

Auf Anfrage wurde festgestellt, daß die Gewerkschafts-

Zur Frage der Uebergangswirtschaft wurden

der Konferenz Forderungen der Gewerkschaften unterbreitet,

Die Forderungen der Uebergangswirtschaft. Die Forderungen

Da die Forderungen in Wälsche bekanntgegeben

Die vorgelegten Forderungen wurden im einzelnen

Hinsichtlich der Organisation der Kriegs-

teilnehmer, mit der sich bereits eine Vorstands-

Da im Jahr 1917 nach dem Regulator der Genera-

der Geschlechtskrankheiten wurde der Generalkommission und den einzelnen Gewerkschaften empfohlen. Die Entscheidung über den Beitritt zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur soll noch zurückgestellt werden. Der Bericht des Vertreters der Generalkommission im Deutschen Roten Kreuz wurde entgegengenommen.

Arbeiterversicherung.

Die Kriegshilfe der Krankenkassen. Die steigenden Schwierigkeiten der Kriegsverhältnisse nötigen die Krankenkassen, fortgesetzt ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Aufgaben in ihren Leistungen und ihrer Verwaltung den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Das Notgesetz, betreffend die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen vom 14. August 1914, das die Leistungen der Kassen auf das gesetzliche Mindestmaß herab und die Kassenbeiträge allgemein auf 1/2 v. H. des Arbeitsverdienstes hinaufsetzte, hat bewirkt, daß sich manche Kassen in ihren Geldverhältnissen sehr gut entwickelten. Fast alle Kassen haben daher die Verbesserungen, die sie vor Kriegsausbruch besaßen, freiwillig wieder eingeführt. Viele sind auch darüber hinausgegangen und gewähren, auch wenn das ehemalige zur Kriegsteilnahme einberufene Kassenmitglied die Versicherung nicht freiwillig forsetzt, für dieses Familienhilfe, Sterbegelder usw.

In neuerer Zeit suchen die Kassen den Einwirkungen der Ernährungschwierigkeiten auf die Kranken nach Kräften zu begegnen. Teils geschieht dies durch Erhöhung der Beiträge, teils durch Gewährung von Krankengeld oder weitherziger Gewährung anderer Erleichterungen. So gewährt zum Beispiel die Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig jedem erwerbsunfähigen Kranken und jeder Wöchnerin, gleichviel in welcher Lohnklasse sie sich befinden, eine wöchentliche Zulage von M 2; die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle eine solche von M 3 für jeden Tag. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Königsberg führte einen prozentualen Zuschuß zum Krankengeld ein usw.

Die Ernährungschwierigkeiten können die Krankenkassen auf zwei Wegen bekämpfen: Durch Gewährung von Stärkungsmitteln, die aber immer den Charakter von Heilmitteln haben müssen, und durch Bereitstellung von Krankengeld. Zu den Stärkungsmitteln gehört vor allem die Lieferung von Milch und künstlichen Heilmitteln, wie Maltropfen und ähnlichen Dingen. Die Ärzte haben hier in der Verordnung einen sehr großen Spielraum. Die Gewährung von Krankengeld ist eine Mehrleistung und setzt eine entsprechende Bestimmung der Kassenstatuten voraus. So gewährt zum Beispiel die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin an Blutarmer und bleichsüchtige Kranke, soweit der Kassenarzt es für notwendig hält, Mittagessen aus den städtischen Speiseanstalten. Andere Kassen, wie Dortmund usw., sind dem Vorgehen schon gefolgt. Sowohl für die Gewährung von Nahrungsmitteln als auch der Krankengeld dürfen Abzüge am Krankengeld nicht gemacht werden.

Der Hauptverband der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich richtet schon ein Rundschreiben an die ihm angehörenden Kassen, in dem er besonders zur Gewährung von Nahrungsmitteln und Krankengeld auffordert. Alles, was zum Siege dienen könne, müsse jetzt geopfert werden. Deshalb sollten die Kassenvorstände erneut prüfen, wie und wo sie helfen können. Dabei seien allerdings die Kassen auf die Hilfe der Gemeindebehörden angewiesen. Diese wären zu ersuchen, die am nächsten reichlicheren Nationen für Kranke, soweit sie Kassenmitglieder sind, durch Vermittlung der Krankenkassen zugewiesen. (Durch Beschaffung der ärztlichen Zeugnisse usw.) Die Gemeinden müßten durch ausgedehnte Einrichtung der Kriegsküchen (Massenspeisung) den Kassen die Möglichkeit geben, ihren Kranken Mitgliedern auch sonst Nahrungsmittel zuzuführen. Die öffentlichen Krankenhäuser sollten auch an Kranke Kassenmitglieder auf Rechnung der Kassen besondere diätetische Nahrung abgeben können. Die soziale Fürsorge müsse geübt werden, so fest der Hauptverband hinzu: auch wenn keine Mittel dazu zu erzielen sind.

Diese Anforderungen sind selbstverständlich nach Kräften zu unterstützen. Da wenigstens manche Kassenverwaltungen in dem Punkte etwas schwerhörig sind, so ist es zu empfehlen, daß auch die Kassenmitglieder selber selbst mit entsprechenden Anträgen an die Kassen herantreten. Auch hier trifft an, daß nur vielseitiges Verlangen zum Ziele führt.

Sozialpolitisches.

Ein Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter soll in den Ostertagen zu Essen für das Deutsche Reich begründet werden. Gegen diesen Plan erhoben die sämtlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände in einer gemeinsamen Kundgebung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Gesamtverbandes der deutschen Gewerkschaften, des Verbandes der deutschen Gewerksvereine, der Polnischen Berufsvereinigung, der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Anstelltenrecht und der Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände Einspruch. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bereits im Reich einheitlich organisiert ist und darin alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig sind. Auch sind bereits gemeinsame Einrichtungen getroffen worden, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Die Kriegsbeschädigten dienen daher ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

**Durch Einigkeit erreicht man viel,
Durch Zwiespalt kommt man nie ans Ziel!**

Genossenschaftliches.

Kriegsleistungen einer Produktionsgenossenschaft. Die dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angegliederte Korbmachervereinigung Schweg hatte im Jahre 1916 einen Umsatz von M 1 181 279, wovon leider M 250 000 Mineralerbaufträge waren, die erst an Zwischenhändler geliefert werden mußten, um die Arbeiter beschäftigen zu können, bei denen aber fast jeder Verdienst ausgeschloffen war. Noch schlechter war das Ergebnis bei den Rohrwerkstoffen; hier wurde erheblich zugelegt, da das Rohr unterhalb im Preise stieg und leider von der Behörde keine Nachzahlung zu erlangen war, obwohl der Verlust klar nachgewiesen werden konnte. Nach der Jahresabrechnung wurde ein Reinüberschuß von M 148 928,89 erzielt, der wie folgt verteilt wurde: M 20 000 Reservefonds, M 40 000 Baufonds zur Errichtung von Arbeiterwerkstätten, M 40 000 Steuerreserve, M 20 000 Unterhaltungsfonds für ein Bad, in dem die Arbeiter des Betriebes und die Schulkinder des Ortes freie Badegelegenheit erhalten sollen, sowie M 20 000 Pensionsfonds. Die Arbeiter und Angestellten sollen aus diesem Fonds bei eintretender Invalidität je nach Dienstzeit prozentual Zuschüsse zu den staatlichen Unterstützungen erhalten. Die Korbmachervereinigung ist bemüht, weiter wohlthätig zu wirken; sie verginst das Anteilkapital vertraglich nur zu 1/2 pZt. Obwohl alle sozialen Versicherungen der Arbeiter von der Firma bezahlt werden, übersteigt meistens der den Arbeitern gewährte Lohn den Tarif; außerdem wurde beschlossen, nachstens noch weitere Lohnzulagen zu bewilligen.

Vom Ausland.

Unser österreichischer Arbeiterverband richtet an die Kollegen Wiens einen Aufruf, in den einzelnen Werkstätten Lohn erhöhungen zu fordern. Schon im Vorjahre sahen sich unsere Kollegen veranlaßt, auf diesem Wege vorzugehen, nachdem der Unternehmerverband die Vertragsrenewierung und damit eine gemeinsame Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgelehnt hatte. Durch das feste Zusammenhalten und geschlossene Vorgehen der Mitglieder gelang es auch, in den meisten Werkstätten die Löhne um 20 bis 30 pZt. zu erhöhen. Aber die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich durch die ständigen Preissteigerungen aller Bedarfsartikel seither noch weiter verschlechtert. Seit August 1914 haben sich die Preise der wichtigsten Lebensmittel um durchschnittlich 400 pZt. in Wien erhöht. Was will dagegen die erzielte geringe Lohnsteigerung bedeuten. Eine weitere Lohnsteigerung ist daher eine Frage der Erhaltung der Gesundheit und des Lebens im ernstesten Sinne des Wortes. Wohl wissen wir, heißt es in dem Aufruf, daß es nicht möglich ist, die Löhne derart zu erhöhen, daß ein Ausgleich gegenüber der ganz ungeheuer verteuerten Lebenshaltung geschaffen werden kann; aber vor dem alljährlichen Verfall der Kräfte müssen auch unsere Kollegen samt ihren Familien bewahrt werden. In andern Berufen war es möglich, durch Vereinbarungen mit der Unternehmerorganisation die Einkommensverhältnisse der Arbeiter mehrmals zu verbessern. Die Organisation unserer Unternehmer hat jede Vertilgung abgelehnt und überläßt es der Gehilfschaft, sich mit dem einzelnen Unternehmer auseinanderzusetzen. Dazu sind wir nun durch die Verhältnisse neuerdings gezwungen. Unsere Organisation hat daher beschlossen, mit Beginn der Saison mit einer Aktion von Werkstätte zu Werkstätte einzuziehen, die eine weitere Erhöhung der Löhne zum Ziele hat. Bei allen andern Branchen, vor allem auch bei den übrigen Baubranchen sehen wir, daß die Stundenlöhne die Höhe von 1 Krone bereits überschritten haben; deshalb müssen auch wir nachhaken, die Löhne über 1 Krone die Stunde hinaufzubringen. Dazu genügt aber der Wille der Organisation allein nicht, dazu sind der Zusammenschluß und die Unterstützung aller Kollegen notwendig. Darum, Kollegen, fordern wir Euch auf: Schließt Euch enger zusammen, werbt Mitglieder für Eure Organisation; denn nur mit vereinten Kräften können wir dieses Ziel erreichen. Seid daher am Platze, wenn Euch die Organisation ruft!

Verschiedenes.

Wieviele Männer werden vom Kriege betroffen? Es dürfte interessant erscheinen, einmal eine vergleichende Uebersicht der wirklichen Kopfstärke der Männer zwischen 20 und 50 Jahren zu geben, wie sie kürzlich vom Internationalen Statistischen Bureau im Haag zusammengestellt worden ist.

	Männer von 20 bis 50 Jahren	In Prozenten der gesamten männlichen Bevölkerung
Deutschland	13 167 073	41,1
Oesterreich	5 465 211	39,0
Ungarn	5 871 808	37,4
Bosnien und Herzegowina (vom 21. bis 25. Jahre)	360 965	36,3
Bulgarien	713 419	34,7
Frankreich	3 389 917	43,6
England und Wales	7 596 917	43,5
Schottland	959 961	41,6
Irland	879 438	40,1
Belgien	1 579 297	42,9
Italien	5 207 008	36,5
Portugal	1 037 106	36,6
Rußland	18 996 334	37,7
Rumänien	1 162 013	38,0
Serbien	460 012	35,9

Ueber die Türkei gibt es keine amtlichen Angaben. Nach dem Procentsatz anderer Länder würden etwa 3 500 000 türkische Untertanen im Alter von 20 bis 50 Jahren leben. Die Angaben der andern Länder sind den offiziellen Volkszählungen von 1910 beziehungsweise 1911 entnommen, ausgenommen Rußland, Rumänien und Serbien, deren Zählungen um weitere zehn Jahre zurückliegen. Nimmt man einen jährlichen Zuwachs von 1 pZt. an, was im Durchschnitt den Tatsachen entspricht, dann betrug die Anzahl im produktiven Alter lebender Männer in Rußland, Rumänien und Serbien 1910 insgesamt 22 800 000.

Für alle Länder zusammen (außer der Türkei) mit das 71 800 000 militärfähige Männer ergeben, die sich, bis 1916, um 5 000 000 bis 6 000 000 vermehrt haben dürften. So kann man mit großer Wahrscheinlichkeit einen Bestand von 75 000 000 Männern feststellen, die unmittelbar von Kriege betroffen und in irgendeiner Form für die Dienst ihres Vaterlandes verpflichtet sind.

Abrechnung vom vierten Quartal 1916.

Einnahme	
A. der Filialen:	
Beiträge	M. 85 480,-
Eintrittsgelder	869,-
Duplikate	7,-
Extramarken	154,-
Sonstige Einnahmen	21,-
B. der Hauptkasse:	
Zinsen	9 317,-
Von den Kollegen in Neumort	2 407,-
Sonstiges	5,-
Mehrausgabe	32 788,-
Summa	M. 180 497,-
Ausgabe	
A. der Filialen:	
Arbeitslofenunterstützung	M. 1 430,-
Krankenunterstützung	20 208,-
Sterbeunterstützung	4 520,-
Gemäßregelungenunterstützung	180,-
Familienunterstützung	50 208,-
Frauen der eingezogenen Filialangestellten	4 869,-
Besonderer Zuschuß an die Filialen	4 218,-
Versicherungsbeiträge der Filialangestellten	589,-
Leuerungszulage der Filialangestellten	1 738,-
In den Filialen verbliebene Beiträge, Extramarken und Eintrittsgelder	17 886,-
Sonstige Ausgaben	5,-
B. der Hauptkasse:	
Agitation und Reisen des Vorstandes	150,-
Beitragszahlung	1 217,-
Konferenzen	1 240,-
Vereins-Anzeiger	6 184,-
Druck-Angelegenheiten	180,-
Bibliothek	108,-
Persönliche Verwaltungskosten	6 942,-
Sachliche Verwaltungskosten	1 789,-
Kriegsversicherung bei der Volksfürsorge	80,-
Ausgabe der Agitationskommissionen	7 711,-
Sonstiges	15,-
Summa	M. 180 497,-

H. Wentker, Kassierer.
Hamburg, den 4. April 1917.
Revidiert und für richtig befunden:
Otto Streine, Vorsitzender. J. Geirich, Sekretär.
W. Loesch, Ferd. Lindner, Revisoren.

Literarisches.

Handbuch für die Vereinsvorstände und Mitglieder des deutschen Werkmeister-Verbandes für das Jahr 1917. (Kriegsausgabe.) 26. Jahrgang. Verlag der Werkmeisterbuchhandlung (Deutsche Werkmeister-Sparbank A.-G.) in Düsseldorf.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.) Das eben erschienene Heft 58 enthält unter anderem folgende Artikel: Wilh. Kolb: Arbeiter- oder Volkspartei? Waldemar Scharz: England nach dem Kriege. Curt Biging: Der Kampf gegen die Tuberkulose. Karl Korn: Die Forderung zum Expressionismus. Karl Dröger: Die Glockenkanonen. — Ab 1. April: Einzelhefte 30 S., vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Wir empfehlen allen Interessenten, sich von der Reichhaltigkeit und Gediegenheit dieser Blätter selbst zu überzeugen. Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch sind durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz) kostenlos erhältlich.

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 1. bis 5. April.
Eingekandt haben: Kiel M. 600, Glauchau 88,64, Plauen 14,70, Kaiserlautern 60, Dresden 19,92.

Die Woche vom 15. bis 21. April ist die 16. Beitragswache.
H. Wentker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 13 des „Correspondenzblattes“ bei.